



Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten

Kommentierte Zusammenfassung der Studie „Smoking Guns. Wie Europäische Waffenexporte Millionen aus ihrer Heimat zwingen“ des Transnational Institutes (tni)

von Irmgard Ehrenberger

Als sich 2015 hunderttausende Menschen auf den Weg Richtung Europäische Union machten, wurde von den Regierungen jeder Zusammenhang zwischen der verzweiferten Lage von Vertriebenen und dem eigenen politischen Handeln abgestritten. Besonders auch in Österreich ist es unter der Federführung von Bundeskanzler Kurz gelungen, Kriegsflüchtlinge als Migrant*innen abzustempeln, denen in erster Linie daran gelegen sei, Sozialsysteme auszunutzen. Außerdem wurde immer wieder auf die notwendige Hilfe „vor Ort“ hingewiesen – was immer das heißen mag angesichts der Tatsache, dass Österreich beispielsweise Zahlungen an das World Food Programme schuldig blieb.

Öffentlich nie thematisiert wird der Beitrag der angeblichen EU-Wertegemeinschaft zu den desaströsen bewaffneten Konflikten und Kriegen, die Millionen töten und Abermillionen heimatlos machen.

Do no harm

„Richte keinen Schaden an“ ist eine der Prämissen der zivilen Konfliktbearbeitung, des Zivilen Friedensdienstes und der Entwicklungszusammenarbeit. In diesem Sinne weisen Friedensorganisationen nicht erst seit 2015 auf den Zusammenhang zwischen der Waffenindustrie und dem Waffenhandel und dem Ausbruch von Kriegen bzw. bewaffneten Konflikten hin. „Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten“ ist in diesem Zusammen-

hang ein wahrer, aber wenig evidenzbasierter Slogan. Auf Grund der Komplexität der Waffenproduktion gibt es auf diesem Gebiet wenig Forschung. Eine der Studien, die hier Abhilfe geschaffen hat, ist der im Juli 2021 veröffentlichte Bericht des niederländischen Transnational Institute, der den Zusammenhang zwischen Waffenexporten aus der Europäischen Union und der Vertreibung von mindestens 1,1 Millionen Menschen nachweist.

Von Syrien bis zum Kongo

Anhand von vier Fallbeispielen wird der Weg von der Produktion bestimmter Waffen über den Export bis hin zu ihrem Einsatz in bewaffneten Konflikten nachgezeichnet.

Der erste Fall beschäftigt sich mit dem italienischen T-129 ATAK-Helikopter, der in einer Kooperation von italienischen und türkischen Firmen entwickelt wurde, wobei sowohl Bestandteile als auch Produktionskapazitäten von Italien an die Türkei verkauft wurden. Die Helikopter wurden in der Operation „Olivenzweig“ von Jänner bis März 2018 in der Region Afrin im Norden Syriens eingesetzt.

Dieser Kriegseinsatz führte zur Vertreibung von 98.000 Menschen. Ein weiterer Einsatz des Helikopters fand im Oktober 2019 statt. Dabei wurden in der Operation „Friedensfrühling“ an der türkisch-syrischen Grenze 180.000 Menschen vertrieben, darunter 80.000 Kinder.

Raketenrohre und 73-mm-Raketen, die Bulgarien an die Vereinigten Staaten exportiert hatte, landeten in den Händen des Islamischen Staates im Irak. In der Endverbleibserklärung hatten die USA bescheinigt, dass sie die Endnutzer der Raketenrohre sein würden und diese nicht ohne Zustimmung der Regierung Bulgariens weitergeben würden. Diese Zustimmung wurde aber nie eingeholt. Tatsächlich war das Kriegsmaterial Teil eines Programms, mit dem die USA versuchten, im Kampf gegen den Islamischen Staat eine Rebellenarmee aufzubauen und auszurüsten.

60% aller 73-mm-Raketen, die im Irak ab dem Jahr 2010 dokumentiert wurden, wurden in Bulgarien hergestellt. Die meisten dieser Raketen wurden 2010 und 2011 produziert. Auch rumänische 73-mm-Raketen wurden im Irak dokumentiert, fast alle davon wurden 2014 produziert. Der Zeitpunkt der Produktion der Raketen ist insofern bemerkenswert, als dass er nach 2008 liegt, also nach jenem Jahr, in dem sich die EU-Länder auf den „Gemeinsamen Standpunkt“, in dem die Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und -ausrüstung festgelegt sind, einigten.

Bulgarien exportierte auch 73-mm-Raketen nach Saudi-Arabien, die ebenfalls in den Händen des Islamischen Staates landeten und von der irakischen Bundespolizei sichergestellt wurden. Auch diese Raketen waren mit einer Endverbleibserklärung ausgestattet, in der

Saudi-Arabien bestätigte, dass sie für die saudischen Landstreitkräfte vorgesehen seien und nicht ohne Zustimmung des Exportlandes (Bulgarien) weitergegeben würden.

Die Waffen in den Händen des Islamischen Staates trugen dazu bei, dass ab April 2015 aus der Region Anbar (mit der Hauptstadt Ramadi) mehr als eine halbe Million Menschen vertrieben wurden. Ca. 80% aller Häuser in Ramadi wurden in Folge der Kämpfe schwer beschädigt. Mindestens 200.000 Angehörige von Minderheiten wurden aus der Region Mosul von 2014 bis Jänner 2017 vertrieben. Insgesamt wurden wesentlich mehr Menschen vertrieben, sodass es zwei Jahre nach den Kämpfen in Mosul im Juli 2019 immer noch 300.000 Binnenflüchtlinge aus der Stadt Mosul gab.

Die dritte Fallstudie betrifft auch Österreich. Es geht um die Drohne Bayraktar TB2, hergestellt von der türkischen Firma Baykar Makina. Die Drohne enthält Bestandteile, die von Österreich, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden

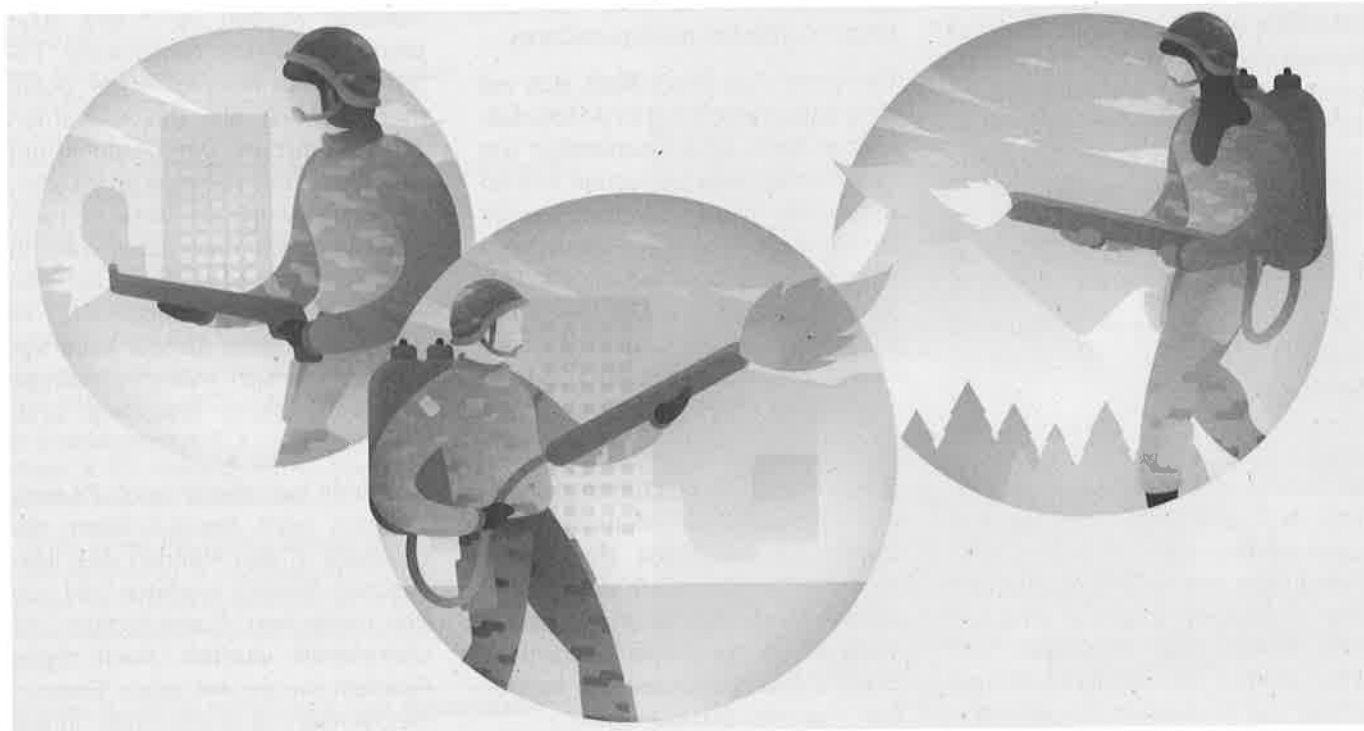
und Großbritannien geliefert wurden. Drohnen dieses Typs wurden an Aserbaidschan verkauft und in dem sechswöchigen Konflikt mit Armenien in der Region Bergkarabach eingesetzt, was zur Vertreibung von mindestens 90.000 Menschen führte. Dieser Fall zeigt einerseits die Komplexität der Lieferketten des Waffenhandels auf, andererseits markiert er einen Wendepunkt in der modernen Kriegsführung, da die eingesetzten Drohnen ein Schlüsselfaktor dafür waren, dass Aserbaidschan das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten kippen konnte.

Zwischen 2012 und 2015 exportierte Bulgarien Sturmgewehre, großkalibrige Artilleriesysteme, leichte Maschinengewehre, handgehaltene Unterrohr- und montierte Granatwerfer an die nationale Polizei und das Militär der Demokratischen Republik Kongo (DRK).

2017 gelangten 920 Sturmgewehre und 114 leichte Maschinengewehre, die in Bulgarien hergestellt worden waren, über Serbien in die DRK. Im selben Jahr wurden

2.166.000 Menschen gewaltsam vertrieben, was das Jahr zu einem der schlimmsten seit Beginn des Konflikts machte. Vor allem in Nord-Kivu kamen 2017 bulgarische Waffen zum Einsatz. Das fiel mit der Vertreibung von 523.000 Menschen zusammen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die EU im Dezember 2016 und im Mai 2017 Sanktionen gegen 14 Staatsbeamte der DRK erließ. Die Sanktionen wurden wegen der Behinderung des Wahlprozesses und den damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen verhängt. Der Fall zeigt besonders deutlich die Unwirksamkeit der Waffenhandelskontrollen auf: Während die EU Staatsbedienstete der DRK sanktionierte, wurden genau jene staatlichen Stellen von EU-Ländern mit Waffen ausgerüstet, die diese Beamten beschäftigten.

„Diese letzte Fallstudie zeigt, dass der europäische Waffenhandel nicht nur dazu beiträgt, Vertreibung und Massenmigration zu provozieren, sondern auch dazu, Migrant*innen einzudämmen und ,zurück-





zudrängen', um sie von Europa fernzuhalten. Die Forschung von tni hat ausführlich dokumentiert, wie die Externalisierungspolitik der EU die Inhaftierung von Migrant*innen, die Militarisierung der Migrationsrouten in Drittländern und an den europäischen Grenzen sowie die Abschiebung derjenigen, denen es gelingt, in die 'Festung Europa' einzudringen, aktiv fördert, unterstützt und finanziert, die dann oft in unsichere Drittländer oder ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden." (S.30)

Konkret wird in der Studie der Fall von zwei Patrouillenbooten der Bighiani-Klasse beschrieben, die Italien an Libyen verschenkte und die der libyschen Marine und Küstenwache dienen sollten. Bei einem Einsatz eines der Boote ertranken vom 5. bis 6. November 2017 mindestens zwanzig Menschen. Videomaterial der NGO Sea Watch zeigt, dass die libysche Küstenwache die Seenotrettung der Flüchtlinge nicht unterstützte, sondern behinderte.

Sie verstieß damit sowohl gegen internationale Menschenrechtsnormen als auch gegen internationales Seerecht. Die tni-Studie merkt an: „Dies ist nur eine Fallstudie, die die Gewalt, die Illegalität und den Mangel an Professionalität dokumentiert, mit der die libysche Küstenwache arbeitet, die von Italien und anderen EU-Ländern ausgerüstet, ausgebildet und finanziert wurde.“ (S.32) Und weiter: „Indem sie zivilgesellschaftliche Organisationen an der Durchführung von Rettungsaktionen im Mittelmeer hindern und kriminalisieren und den Schwerpunkt der von Europa betriebenen Schiffe von humanitärer Hilfe auf Strafverfolgungsmaßnahmen und die Bekämpfung des Schmuggels verlagern, haben die EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit einer humanen Reaktion auf Migrant*innen, die dringend auf humanitäre Hilfe und internationalen Schutz angewiesen sind, prak-

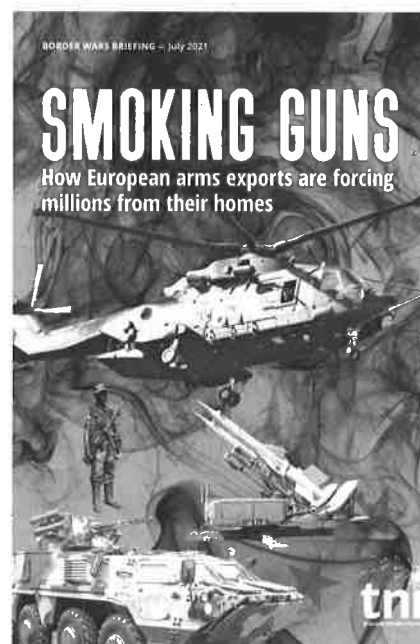
tisch ausgeschlossen. Sie werden wissenschaftlich und buchstäblich dem Ertrinken überlassen.“ (S.33)

Das große Geschäft mit Vertreibung und Tod

Der Waffenhandel ist eines der lukrativsten Geschäfte, 2020 betrug sein Wert beinahe 30 Mrd. US-Dollar. Die größten europäischen Waffenexporteure sind mit einem Anteil von 22% am globalen Waffenhandel im Zeitraum 2016-2020 Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien. Die tni-Studie weist darüber hinaus darauf hin, dass laut dem „Balkan Investigative Reporters Network“ (BIRN) zwischen 2012 und 2016 (zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Nachforschungen von BIRN) Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, die Slowakei, Serbien und Rumänien ein Waffenhandelsgeschäft im Wert von 1,2 Mrd. Euro mit vier Ländern vereinbarten, die die oppositionellen Kräfte in Syrien unterstützten. Mit einem Wert von 829 Mio. Euro fiel der Großteil des Geschäftes auf Saudi-Arabien. Insbesondere die Kriege in Syrien und Irak machten einige Länder reich und feuerten gleichzeitig die Konflikte in beiden Ländern an. So erreichten Bulgariens Waffenexporte im Jahr 2016 mit einem Wert von einer Milliarde Euro ein Höchstniveau. 52,8% der Waffenlieferungen waren dabei für den Nahen Osten bestimmt. Kroatien exportierte vor 2012 jährlich Munition im Wert von weniger als einer Million Euro. Mit dem Beginn des Krieges in Syrien stieg dieser Wert drastisch: 2012 wurde Munition im Wert von 4,7 Mio. Euro exportiert, im Jahr 2016 im Wert von 82 Mio. Euro. In diesem Sinne sind die in der tni-Studie genannten Zahlen konservativ. tni schätzt, dass Millionen mehr Menschen durch Waffen aus der EU vertrieben wurden.

Schlussendlich beklagt die Studie die fehlenden Monitoring- und Kontrollmechanismen in Bezug auf den internationalen Waffenhandel. Weder der von 110 Staaten ratifizierte Arms Trade Treaty (ATT) noch der Gemeinsame Standpunkt der EU von 2008 sind dafür geeignet, den Waffenhandel einzudämmen. Die Studie stellt fest: „Aber vielleicht sollte der ATT nicht als ein Mechanismus zur Eindämmung des Waffenhandels verstanden werden, sondern eher als seine Unterstützung und Legitimierung. Es ist zum Beispiel ziemlich aufschlussreich, dass die AeroSpace and Defence Industries Association of Europe (ASD) den ATT begrüßt hat.“ (S.37)

Dass die Waffenindustrie zweifach verdient – zuerst an den Kriegen und dann an der militärischen Ausrüstung der Festung Europa, schreit zum Himmel. Dass viele Politiker*innen der Europäischen Union die Menschen, die vor ihren Waffen davonlaufen, kriminalisieren, ist schlicht niederträchtig.



Der Bericht ist erhältlich unter: https://www.tni.org/files/publication-downloads/smokingguns-report-tni_final.pdf